

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 18. März 2021 / Jeudi matin, 18 mars 2021

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

103 2020.RRGR.183 Motion 132-2020 Graf (Interlaken, SP)
Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft

103 2020.RRGR.183 Motion 132-2020 Graf (Interlaken, PS)
Création d'un fonds pour stabiliser et renforcer l'économie

Präsident. Dann fahren wir weiter mit Traktandum 103, der Motion des Grossrats Urs Graf «Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft». Ich gebe das Wort dem Motionär, Grossrat Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Es ist mir klar: Die Ausgangslage für diese Motion ist etwa so wie für YB heute Abend gegen Ajax Amsterdam (Ajax). Vielleicht hören Sie aber gerade deswegen zu. Das Wort «Fonds» provoziert bei manchen automatisch eine Ablehnung und Abwehrmechanismen. Carlo Schlatter würde sagen, das vegetative System werde gestört. Ich gehe jetzt aber einmal gerne davon aus, dass es kein Denkverbot gibt.

Ich möchte gerne sagen, woher ich diese Motion habe. Ich habe sie nicht selbst geschrieben. Ich habe diese Motion praktisch eins zu eins von einem Vertreter der Mitte-Partei, dem Ständerat des Kanton Wallis Beat Rieder, abgeschrieben. Sie können die Spider-Graphik von Herrn Rieder nachlesen. Er kommt nicht in den Verdacht, ein Etatist zu sein. Er ist aber ein Schachspieler. Was zeichnet einen Schachspieler aus? Er schaut zwei Spielzüge voraus. In Krisensituationen ist dies das Richtige. In der Schweiz wäre es gut, wenn wir mehr Schachspieler gehabt hätten. Bei der Impfstoffbeschaffung, bei der Produktion, bei der Teststrategie und jetzt beim Impfausweis: Wir handeln immer Just in time oder vielleicht zu spät. Hier hat einer ein bisschen weitergedacht.

Wir alle hatten noch nie eine solche Situation. Wir fahren höchstens auf Sicht. Keiner von uns weiss, wie die Volkswirtschaft nach der Krise aussehen wird. Es wird in der Zukunft nicht immer eine verlängerte Kurzarbeit geben. Die Härtefall-Hilfen wurden verdankenswerterweise geleistet und haben vielen genützt, aber ob wichtige Betriebe überleben werden, kann heute noch niemand sagen.

Die Motion will quasi ein Sicherheitsnetz. Sie will Härtefälle für ausgewählte Betriebe. Das ist eine Regelung, die durchaus dem Subsidiaritätsprinzip entspricht. Der Staat soll nie Mehrheitseigentümer werden. Nur ausgewählte Betriebe sollen anspruchsberechtigt sein. Der Staat kann bei Kapitalerhöhungen Aktien zeichnen, Darlehen gewähren und Garantien leisten, wenn es nötig ist. Er kann strategische Sachwerte übernehmen und Investitionsprogramme alimentieren. Der Fonds wird vom Kanton mit Geldern des Kapitalmarkts gespeist. Der Kapitalmarkt ist im Moment höchst liquid.

Wo kann es angewendet werden? Es ist jetzt schwierig zu sagen. Wenn Sie aber heute Zeitungen lesen, sehen Sie, dass eine Branche, die Probleme bekommen wird, die Altersheime sind. Altersheime sind häufig privat organisiert. Sie müssen 90 Prozent Auslastung haben, sonst geht es nicht. Heute weiss man, dass gewisse Leute nicht mehr in Altersheime gehen. Sie haben Angst. Es gab eine Übersterblichkeit. Es könnte sein, dass dort Probleme entstehen. Es könnte sein, dass Probleme bei Kongresshäusern entstehen, bei Shoppingcentern, bei Personentransportunternehmen, bei Gesundheitsinstitutionen, bei Tourismuseinrichtungen, bei Sporteinrichtungen – niemand kann es sagen. Eine Schieflage ist möglich.

In diesem Zusammenhang möchte ich eben nicht, dass dann internationale Investoren kommen und es billig übernehmen. Wir kennen es im Oberland. Die Chinesen kommen gerne kaufen. Araber kommen gerne kaufen. Ich möchte aber, dass der Kanton Bern volkswirtschaftlich einigermaßen autonom bleibt.

Der Freiheitsgrad der Organisation, die diesen Fonds betreiben würde, müsste gross sein. Es müsste Vertreter aus Politik und Wirtschaft geben, die ihn leiten würden. Beim Bund wurde die Motion von Ständerat Rieder übrigens nicht einfach als eine Utopie abgeschrieben, sondern man

schickte sie zur Stellungnahme in die Wirtschaftskommission.

Es wäre schön, wenn der Grosse Rat zeigen würde, dass er bereit ist, zwei Schritte vor auszudenken, dass er nicht nur ad hoc reagiert und dass die Politik auch in Krisenzeiten nicht nur direkt reagieren, sondern eben auch wie ein Schachspieler ein bisschen weiter nach vorne denken kann.

Wenn aus Sicht des Fonds das schlimmste passieren würde – er würde nicht gebraucht –, dann könnte man ihn in ein paar Jahren schliessen und das Geld zurückgeben. Das ist alles.

Jetzt habe ich noch etwas vergessen.

Präsident. Aber nur kurz. Es waren schon 5 Minuten und einige Sekunden.

Urs Graf, Interlaken (SP). Ja, genau, aber es trägt zur Entspannung der Situation bei. Ich werde in ein Postulat wandeln, und vielleicht überlegt sich dann die Eine oder der Andere, dass man wirklich daran herumdenken und nicht immer zu spät sein sollte.

Präsident. Dann gebe ich das Wort jetzt noch dem – in dem Fall jetzt neu – Mitmotionär, Grossrat Andreas Michel.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP). Ja, effektiv Mitpostulent. Darum komme ich eigentlich reden. Ein Fonds ist ja nicht grundsätzlich etwas Schlechtes. Es ist einfach ein bisschen belastet, zumindest hier in diesem Saal. Es ist insbesondere dann nicht etwas Schlechtes, wenn die Finanzierung auf einer marktwirtschaftlichen Basis passieren kann. Hier gebe ich meine Interessensbindung bekannt: Ich bin Unternehmer und als Unternehmer liegt mir sehr viel daran, dass wir auch möglichst viel Privatwirtschaft haben und möglichst wenig staatliche Eingriffe haben müssen.

In einer Krise ist aber vieles anders. Es gibt verschiedene Krisen. Wir sind aktuell gerade in einer sehr grossen Krise, in der v. a. die Gesundheit gefährdet ist. Ich denke, in einer Krise dürfte der Staat oder die öffentliche Hand durchaus auch eine unternehmerische Rolle spielen. Natürlich müssen die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sein. Es darf kein dauerhaftes Engagement sein, und es darf – dies an die Adresse des Regierungsrates – keine Strukturerhaltung betrieben werden.

Wir haben aktuell ein schönes Beispiel auf Bundesebene: Unter dem Titel «Ständerat gibt grünes Licht für Impfstoffertigung» konnten wir diese Woche lesen: «Die kleine Kammer hat im Erstrat im Covid-Gesetz die gesetzliche Grundlage geschaffen, damit der Bund medizinische Güter wie Tests, Impfstoffe oder Medikamente selber herstellen lassen kann.» («Der Bund») Dies ist es im Prinzip, was dieser Vorstoss hier will. Der Entscheid wurde nicht auf Antrag der SP gefällt, die ihn auch stellte, sondern auf Antrag der FDP, die einen noch ein bisschen weiter gehenden Antrag in diese Richtung gestellt hat. Dieser Antrag kam also nicht nur aus der linken Ecke. Die Vorstösse sind im Kern gleich. Nachdem das Wort «Fonds» bei diesem Antrag jetzt nicht mehr in Stein gemeisselt ist, bitte ich Sie, diesem Prüfungsauftrag zuzustimmen.

Präsident. Wir kommen zu den Wortmeldungen der Fraktionen. Als Erster für die SP-JUSO-PSA Grossrat Stefan Müller.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP). YB gegen Ajax – Urs, du weisst es: Ein Match dauert 90 Minuten, und wir wissen erst heute Abend, ob YB es nicht gleichwohl noch schafft – vielleicht sogar noch in der Nachspielzeit. Genau so, lieber Urs, ist es mit diesem Vorstoss, weil dieser Fonds dazu dient vor auszublicken. Er dient dazu und hilft reagieren zu können und auch agieren zu können, vorausdenkend und geplant. Er dient somit auch der Stabilisierung der Wirtschaft in schwierigen Zeiten. Gerade weil der Vorstoss als Postulat kommt und er parteipolitisch eben breit abgestützt ist, spricht nichts dagegen, dass man diesem Vorstoss zustimmen und man damit – als YB-Fan gesprochen: – vielleicht das 4:0 schießen könnte.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird diesem Vorstoss sehr deutlich zustimmen. Eventuell gibt es die eine oder andere Enthaltung, wobei ich glaube, dass die Enthaltung in der Nachspielzeit noch zu einem ja kippt. Ich bitte Sie alle, diesem Vorstoss zuzustimmen.

Ueli Augstburger, Gerzensee (SVP). Der Kollega Graf hat YB ins Spiel gebracht. Es wurde schon weitergespielt. Wir fahren gerade noch ein bisschen in der zweiten Halbzeit weiter. Her Graf hat im Vergleich mit YB gegen Ajax die Einschätzung von heute Abend wahrscheinlich richtig gemacht, aber auch dieser Match hat für YB etwas Positives. Es zeigt nämlich auf, wo seine Grenzen sind.

Auch dieser Vorstoss hat im Grundsatz etwas Positives. Er will nämlich diese Abteilungen für Wirtschaftszweige machen, die wegen Covid-19 unverschuldet in eine Notsituation gekommen sind, und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die nicht vom Staat finanziert werden, sondern ihre Produktion und Leistungen damit finanziell unterstützen.

Mit verschiedenen Massnahmen soll verhindert werden, dass systemrelevante Unternehmungen mit ihren Infrastrukturen verschwinden – und damit auch ihre Arbeitsplätze. Soweit, so gut. Weniger gut ist aber der Aspekt, dass mit staatlichen Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen Marktverzerrungen, Fehlinvestitionen und auch Ungleichbehandlungen stattfinden können. Weiter stellt sich die Frage, was systemrelevant ist. Die Frage, wo man die Abgrenzung dann machen will, wird auch nicht ganz einfach sein. Die SVP findet es gar nicht gut, dass die Unterstützung via die Errichtung eines Fonds erfolgen soll.

Es ist noch gar nicht so lange her, als sich hier im Saal nicht nur die SVP, sondern eine klare Mehrheit des Grossen Rates gegen den Vorschlag von Fonds-Lösungen jeglicher Art ausgesprochen hatte. Die SVP will an diesem Entscheid festhalten und nicht wieder ins alte Fahrwasser mit diesen unsäglichen Fonds-Lösungen zurückfallen. Wir wollen eine klare und transparente Rechnungslegung. Zudem brauchen Fonds-Lösungen entsprechende Gesetze für die Zweckbestimmung zur Mittelverwendung. Dadurch wird unter Umständen auch wieder die Beweglichkeit zum sofortigen Handeln eingeschränkt. Die im Zusammenhang mit Covid-19 eingeführten Instrumente – als Beispiel die Solidarbürgschaften – können die Abfederung bei der Suche der betroffenen Unternehmungen nach Kapital ebenso gut erfüllen.

Die SVP steht Unternehmungen, wie sie im Vorstoss erwähnt sind... Die SVP kann sich auch vorstellen, wo notwendig, punktuelle Unterstützungen zu bieten. Die SVP will aber keine neuen Fonds und lehnt diesen Vorstoss als Motion ebenfalls ab.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Wir haben jetzt gerade vom Sprecher der SVP gehört, dass er keinen neuen Fonds will. Ich will das auch nicht. Ich bin grundsätzlich ein Gegner von Fonds, habe hier aber mitgemacht, weil es nicht *der Fonds* ist, der mich hier interessiert, sondern weil wir Grundlagen schaffen müssen, damit der Staat in einer Krisensituation bei wichtigen Schlüsselbetrieben, die es wirklich braucht, eingreifen kann und die Infrastruktur und das ganze Leben sicherstellen kann.

Sie haben in der ganzen Corona-Situation sicher verschiedentlich gehört, dass man irgendwo hätte handeln sollen, es dann aber hiess, dass man ja schon wollen würde und schon einsehe, dass es dort jetzt nötig wäre, dass einem aber die gesetzlichen Grundlagen dafür fehlten.

Ich möchte keinen neuen Fonds dadurch, dass wir diesen Vorstoss jetzt hier als Postulat überweisen. Ich möchte aber prüfen, wo wir gesetzliche Grundlagen schaffen müssen, damit wir, wenn es knallt und es irgendwo in einem Betrieb etwas braucht – eine Bahn, die zwar privat ist, aber fahren können muss – und in den man nicht einfach à fonds perdu Geld hineinschütten will, sagen kann: Jawohl, wir sind bereit, hier jetzt 10 Mio. Franken zu investieren, bekommen dafür aber ein Aktienpaket, das wir vorübergehend bewirtschaften und der Privatwirtschaft dann möglichst rasch wieder verkaufen. Genau für solche Handlungsfelder müssen wir weiter vorausdenken und diese Grundlagen eben schaffen.

Die Mehrheit der EVP-Fraktion wird diesem Anliegen zustimmen.

André Roggli, Rüschegg Heubach (Die Mitte). Es ehrt uns, Herr Graf, dass sie einen Vorstoss von Die Mitte in diesen Grossen Rat bringen. Wir sind grundsätzlich nicht dafür, neue Kassen zu bilden. Ich sage diesem Fonds jetzt bewusst so. Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, dass wir im Kanton Bern in dieser Krise sehr wohl vorausschauend waren und vorausschauend gehandelt haben. Ich selbst bin in einem regionalen Führungsorgan als Stabschef tätig. Dort ist man sich auch gewohnt, einem Ereignis möglichst einen bis zwei Schritte voraus zu sein. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das machen. Unsere gesetzlichen Grundlagen ermöglichen sehr viel, um vorausschauend zu sein. Ja, selbstverständlich waren beispielsweise die Maskenlager nicht voll. Wenn ich aber schaue, wie die Maskenbeschaffung stattfand und welche Organisationen alle tätig waren, haben wir sehr viel Gutes gemacht und konnten auch sehr viele Lehren daraus ziehen.

Die Herausforderungen, die wir in den letzten 12 Monaten erlebten, waren sehr gross. Covid hat uns vor sehr viele Herausforderungen gestellt und auch viel Organisationen von Kanton, Bund und einzelne Personen gefordert und ans Limit gebracht und wird es wahrscheinlich auch weiterhin tun. Wir haben gehört: Es ist ebenfalls nicht so einfach, die Vor- und Nachteile eines solchen Fonds abzuwägen. Wir von Die Mitte sehen auf der einen Seite die finanzielle Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmungen auch sehr kritisch. Auf der anderen Seite ist es aber auch herausfordernd,

entscheiden zu können, was Härtefälle sind und wer die Unterstützung braucht. Es sind so viele Wenn und Aber in einem Fonds, die nicht geklärt sind, dass wir ihm sehr kritisch gegenüberstehen. Auch wenn die Motion jetzt in ein Postulat gewandelt wurde, lehnen wir es ab.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich schliesse mich gerade dem Schlusssatz des Vorredners an. Auch wir werden diesen Vorstoss einstimmig ablehnen und zwar auch als Postulat.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir die Covid-Massnahmen des Kantons Bern und auch den Umgang mit Härtefällen unterstützen. Wir haben auch das Covid-Kreditprogramm für gut befunden, das nicht auf kantonaler Stufe stattfand, und wir sind der Meinung, dass der Staat punktuell für Strukturhaltung sorgen muss und für Betriebe, die aufgrund der ausserordentlichen Situation jetzt quasi temporär ein Problem haben.

Ich persönlich bin auch der Meinung, dass man diesbezüglich durchaus auch befristet Schulden machen kann, die man künftig wieder abbaut. Ich bin auch der Meinung, dass man diesbezüglich statt über einen Fonds, vielleicht gerade über die Kantonsverfassung reden müsste. Das ist jetzt aber die ganz grosse Klammer.

Aber ein Fonds? Ich habe Urs Graf nicht verstanden. Du hast von einem Fonds gesprochen, der kapitalmarktfinanziert wird. Wenn es kapitalmarktfinanziert würde, wofür braucht es dann uns noch? Da kann man doch ein Vehikel kreieren und dieses Geld holen gehen? Es ist so: Es gibt einen Anlagenotstand. Ganz viele Anlegerinnen und Anleger sind froh, wenn sie auf dem Kapitalmarkt etwas finden. Wofür aber bräuchte es dann den Kanton Bern? Ich habe eine Vermutung: Der Kanton Bern würde dann als Garant dastehen. Das heisst, dass er quasi die Risiken auf sich laden würde.

Hier herrscht ein grosser, grosser Irrtum vor. Ich kenne den Begriff der Systemrelevanz aus dem Effeff. Ich arbeite in einer Bank, die vorher Teil des Postkonzerns war. Wir sind systemrelevant. Systemrelevanz hat mit Pflichten zu tun, nicht mit Rechten. Im Jahr 2008 war die Finanzkrise. Was ist passiert? Man stellte fest, dass man gewisse Institute in Amerika hops gehen liess. Dies zog dann eine Lawine nach sich, und man stellte fest, dass sie unterkapitalisiert waren und zu viele Risiken getragen hatten. Was war die Schlussfolgerung der ganzen Regulierung? Es hiess: Liebe Institute, ihr müsst schauen, dass ihr mehr Kapital habt, damit der Staat nicht als Garant auftreten muss.

Hier ist es genau umgekehrt. Der Begriff «systemrelevant» wird hier missbraucht. Systemrelevanz heisst, dass die Unternehmungen mehr Eigenkapital anhäufen, mehr Anforderungen erfüllen, dass sie Notfall- und Stabilisierungspläne haben, und das ist eine teure Geschichte. Das kann ich dir, Urs Graf, als Verwaltungsratspräsident einer nichtsystemrelevanten Bank durchaus garantieren. Wir können das Gespräch nachher gerne weiterführen.

Hier geht es genau in die Gegenrichtung, und das ist ordnungspolitisch nicht gut. Es ist nicht gerecht. Wir unterstützten das nicht. Wie ich vorhin ausführte, sind wir durchaus bereit, die Diskussion zu den Covid-Massnahmen zu führen. In diesem Sinne: Lehnen Sie diesen Vorstoss ab. Wenn es ein Fonds im Sinne des Investitionsspitzenfonds ist, ist er nicht kapitalmarktfinanziert. Wenn es die Geschichte ist, die Kollege Graf vorhin sagte, dann wäre es genau die Gegenrichtung, ungerecht und ordnungspolitisch eine Katastrophe.

Präsident. Frau Zryd, ich werde dann noch den FDP-Sprecher drannehmen, bevor Sie als Mitmoti-onärin drankommen.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne). Grundsätzlich begrüsst die grüne Fraktion die Forderung, einen solchen zukunftsorientierten Fonds einzurichten. Er könnte uns helfen, die langfristigen, negativen wirtschaftlichen Folgen aufzufangen, die sich aus der Corona-Pandemie ergeben. Wir unterstützen diesen Vorstoss grossmehrheitlich in der Form eines Postulates. Er wurde ja schon in ein Postulat gewandelt.

Wenn der Regierungsrat die Unterstützung von Firmen in der aktuellen Krise in Form von Beteiligungen wahrnehmen könnte, wäre es ein spannender Ansatz. Gerade im Bereich des Tourismus, der schon angesprochen wurde, zeigte es sich in den letzten Jahren immer wieder, dass das Interesse – insbesondere ausländischer Investoren – nicht zwingend deckungsgleich mit den volkswirtschaftlichen Interessen des Kantons Bern sind und dass eine kantonale Beteiligung an solchen, in Schieflage geratenen Firmen in Einzelfällen möglicherweise der bessere Weg sein könnte.

Dies gilt insbesondere auch für die im Vorstoss beschriebenen, strategischen Sachwerte. Der Erhalt notwendiger und funktionierender Infrastrukturen muss in unserem Interesse stehen. Besonders interessant finden wir die beschriebene Finanzierung des Investitionsprogrammes zur Wiederbele-

bung der Konjunktur nach Corona.

Wir sind dazu der Meinung, dass noch genau geklärt werden müsste, in welchen Bereichen dann investiert werden soll. Eine klare Ausrichtung auf die Nachhaltigkeit wäre dort notwendig: In welche Art Verkehr wollen wir in Zukunft investieren, in welche Art der Produktion wollen wir investieren und welche Art Tourismus soll gefördert werden, wenn die Pandemie dann Mal vorbei ist? Solche Fragen müssten geklärt werden und das können Sie jetzt ja.

Es müsste auch noch geklärt werden, ob auch noch andere Bereiche in Frage kommen, die als Anregung der Konjunktur gefördert werden könnten. Grundsätzlich sehen wir aber die vielen Vorteile, die solche Abklärungen bieten könnten und unterstützen dieses Postulat darum grossmehrheitlich.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP). Zur Frage des Fonds sage ich jetzt absichtlich gerade nichts. Sie kennen die ablehnende Haltung der FDP dazu ja bereits. Ich möchte diesen Vorstoss aus einer ein bisschen übergeordneteren Optik anschauen.

Die Schweiz – es ist schön, wenn man das sagen darf – ist ein Erfolgsmodell. Dank einem offenen, liberalen Gesellschaftsmodell und einer starken, unabhängigen Wirtschaft konnte in den letzten Jahrzehnten ein hohes Mass an Wohlergehen und Wohlstand für die Bevölkerung geschaffen werden. Dieses Erfolgsmodell basiert insbesondere auf dem Grundsatz, dass wir einen starken, aber schlanken Staat haben.

«Starker Staat» bedeutet, dass er für ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem sorgt, die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen bereitstellt, den sozialen Frieden fördert, die Natur und Umwelt schützt und nachhaltige, leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen bereitstellt. «Schlanker Staat» bedeutet insbesondere, dass sich dieser Staat auf sein Kerngeschäft konzentriert und sich nicht als Wirtschaftsakteur und Investor betätigt.

Erfahrungen im benachbarten Ausland und in anderen Kantonen haben gezeigt, dass die Einsätze des Staates als Unternehmer und Investor in den seltensten Fällen von Erfolg gekrönt waren. Ich sehe keine Gründe, wieso es ausgerechnet im Kanton Bern anders sein sollte. Überlassen wir das Unternehmertum den privaten Initiativen, und lassen wir die Finger von wirtschaftspolitischen Experimenten, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur zu Frustrationen, Irritationen, Problemen und finanziellen Verlusten führen werden. Wenn ich heute vom Motionär noch gehört habe, wer dann im Führungsgremium des geplanten Fonds sitzen soll, wird meine Zuversicht nicht grösser.

Ein Wort noch zum verlangten Konjunkturwiederbelebungsprogramm: Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben in aller Klarheit gezeigt, dass solche Programme immer zu spät kommen. Sie entfalten ihre Wirkungen immer erst dann, wenn die wirtschaftliche Delle oder die Rezession schon lange vorbei ist. Das beste Mittel zur Konjunkturbelebung ist es, wenn wir unser immens grosses Investitionsprogramm, das wir in der Pipeline haben, nicht infolge anstehender grösserer Defizite massiv zusammenstreichen.

Die FDP-Fraktion beantragt Ihnen einstimmig, diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsident. Dann gebe ich das Wort der Mitvorstösserin, Grossrätin Andrea Zryd.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Wir spielen im Moment in einer ganz schwierigen Liga. Wir spielen eine Meisterschaft, in der wir nicht wissen, wo wir landen werden. Die Unternehmungen und Institutionen, die Urs vorhin erwähnt hat, wissen z. T. nicht, wo sie in einem, zwei, fünf oder zehn Jahren sein werden. Ich glaube, deshalb braucht es unpopuläre Möglichkeiten, die man als Chance sieht. Dieser Fonds könnte durchaus eine Chance sein, solche Institutionen, Unternehmungen usw. anzukurbeln und zu retten. Es sind viele Institutionen, die für das gesellschaftliche Wohl wichtig sind. Sie sind vielleicht staatspolitisch gesehen nicht unbedingt systemrelevant, sie sind aber auf der menschlichen Seite systemrelevant.

Ich greife den Ball auf: Ob man im Fussball einen Match gewinnt oder nicht. Ein *Key performance indicator* – wie man so schön sagt – im Fussball ist die Handlungsschnelligkeit. Urs erwähnte es vorhin auch schon. Sie hängt von der Antizipation ab und von der Schnelligkeit. Darum ist es wichtig, dass man jetzt antizipiert, was dann sein könnte und eben schnell reagiert. Dieser Fonds könnte wirklich eine echte Chance sein.

Ich bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie nicht mindestens einem Postulat zustimmen können, damit man diese Möglichkeit überprüft.

Präsident. Dann gebe ich das Wort noch dem Einzelsprecher Carlos Reinhard.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich hätte eigentlich nichts sagen kommen wollen, ich merke aber gerade, dass Sie plötzlich auf den kleinen Zaubertrick hereinfallen, den der gute Zauberer Urs Graf gerade aufführt. Er sagt etwas ganz anderes, noch von YB und so, um von seinem Text abzulenken.

Lesen Sie die Forderungen noch einmal: «Punkt 1: Übernahme von Beteiligungen von privaten Firmen.» Punkt 2 hat man eigentlich erfüllt. «Punkt 3: Übernahmen von strategischen Sachwerten von unverzichtbaren und nachweislich erfolgreichen Wirtschaftszweigen. Punkt 4: Finanzierung von Investitionsprogrammen der Schweiz» – nicht im Kanton Bern – «im Bereich Verkehr, Datennetze, Gesundheitswesen, Produktion und Tourismus sowie Bildung und Forschung».

Ich glaube, das ist auch das, was China im Moment macht: Die Übernahme privater Sachen. Wollen Sie das? Fallen Sie nicht auf den Zaubertrick herein, den er Ihnen vorführt. Er lenkt Sie nur von dem ab, was auf dem Blatt Papier steht. Lehnen Sie darum auch das Postulat ab.

Präsident. Grossrat Graf hat mir signalisiert, dass er vor der Regierung reden möchte. Daher gebe ich ihm noch einmal das Wort. Pass auf die Hüfte auf – nicht hetzen.

Urs Graf, Interlaken (SP). Wenn ich zaubern könnte, wäre ich also schneller hier vorne gewesen. Zuerst zur Argumentation von Carlos Reinhard: Du hast mir nicht zugehört, und du hast es nicht richtig gelesen. So wie du es jetzt interpretiert hast, heisst «Übernahme» Mehrheitsübernahme. Selbstverständlich würde dieser Fonds niemals Anteile gegen den Willen der Unternehmung übernehmen wollen. Das was du machst, ist jetzt eine Zauberei – eine ideologische Zauberei. Es sind immer Minderbeteiligungen.

Zum Kollega Saxer möchte ich sagen: Es ist eben gerade nicht etatistisch. Der Absender ist alles andere als ein Etatist. Ich will doch hier nicht die Wirtschaftsordnung umkrempeln. Wir sind aber in einer speziellen Situation. Zur Systemrelevanz: Man muss sie natürlich nicht so definieren, wie sie in der Bankenwelt definiert wird. Kein Gesetz und keine Fondsbestimmung kommt ohne unbestimmte Rechtsbegriffe aus, die man nachher ganz klar interpretieren muss.

Es braucht das Parlament eben, weil der Kanton dann eben tatsächlich Garant ist und weil es eine gesetzliche Grundlage braucht, um diesen Fonds zu machen. Ich bin aber offen. Wie Markus Wenger es sagte: Es muss kein Fonds sein, es muss aber in diese Richtung gedacht werden.

Ich habe auch nicht den Kanton Bern in der Krisenbewältigung kritisiert. Ich sagte nur, wir hätten auf Bundesebene x-mal zu wenig vorausgesehen. Wenn ich daran denke, dass man am 15. September 2020 den Auftrag gab, eine Software für das Impfprogramm zu entwickeln, so ist es einfach zu spät. Das hätte man im letzten Sommer machen können. Es sind x solcher Sachen passiert.

Ich möchte den Bogen jetzt noch schliessen und sagen, dass YB heute Abend in einer Krisensituation ist. Wenn Seoane, der Trainer, so mutlos und so prinzipiell vor seine Truppe tritt und sagt: Ajax ist stärker, wir können nur hinten rein stehen, dann ist es wirklich verloren.

Und wenn der Grosse Rat einfach sagt: Solche Zeiten muss man so bewältigen, wie man sie immer bewältigt hat, dann – ja, – dann kann man es so machen. Es ist aber nicht vorausschauend. Sie werden das Schachspiel unter Umständen verlieren. Ich hoffe es nicht. Ich hoffe es nicht. Manchmal muss man aber Instrumente schaffen, die in besonderen Zeiten gebraucht werden können.

Präsident. Ich gebe das Wort an Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschaftsdirektor. Ich habe mit grossem Interesse der Debatte zugehört und mir v. a. die Sportvergleiche durch den Kopf gehen lassen. Ich habe den Eindruck – erlauben Sie mir bitte diese kritische Bemerkung –, dass die meisten dieser Sportbilder ziemlich schief stehen, insbesondere all die, die mit YB zu tun hatten. Das Einzige, liebe Kolleginnen und Kollegen, was mich überzeugte, ist das Bild des Schachspielers, der Schachspielerin, die mehrere Züge vorausdenken muss, wenn er oder sie Erfolg haben will und das Schachmatt irgendwann kommen soll. Aber, Grossrat Graf, wer mehrere Züge vorausdenkt, macht nicht automatisch den nächsten Zug richtig.

Der nächste richtige Zug ist nach Auffassung der Regierung – und damit komme ich zum Vorstoss – eben nicht die Schaffung eines Fonds. Das Anliegen, dass es zum Schachmatt kommt, tönt gut.

Systemrelevante Unternehmungen stützen, strategische Schwerte – insbesondere Infrastrukturen und Immobilien – sicherstellen: Das ist alles gut und recht. Ist es aber auch gut und recht, richtig

oder rechtlich möglich, wenn man es mit Fondsmitteln macht?

Ich gebe zuerst ein paar Überlegungen zur Beteiligung zum Besten, so wie sie an privatrechtlichen Unternehmungen vorgesehen ist. Unabhängig von der Ausgestaltung eines solchen Fonds kämen bei einem Vorgehen der teilweisen Verstaatlichung oder einer auf jeden Fall befristeten Beteiligung der öffentlichen Hand an privaten Unternehmungen und Infrastrukturen sofort ordnungspolitische Fragen auf, kämen wettbewerbsrechtliche Fragen auf usw.

Wenn die Motion fordert, dass nur «systemrelevante Unternehmungen mit einem grundsätzlich erfolgreichen Geschäftsmodell» berücksichtigt werden sollen, tönt es – wie ich sagte – gut und ist an sich auch richtig. Sie können mir aber glauben: Ich bin im Moment gerade im Zusammenhang mit der Umsetzung des Härtefallprogrammes ziemlich vollzugsgeschädigt oder auf jeden Fall -belastet. Wenn etwas gut tönt, stellt sich dann aber auch die Frage, wie man es richtig umsetzt und wie der Vollzug eben ist.

In der Debatte wurde das Thema angesprochen: Kann man klare Kriterien für die Systemrelevanz aufstellen? Gerade auch die Erfahrung mit Covid zeigt, dass auch die besten Expertinnen und Experten – auch mit Blick zurück auf die Finanzkrise – nicht sagen können, welche Unternehmungen dann langfristig die wirklich erfolgreichen Geschäftsmodelle haben. Mit anderen Worten: Bei einem solchen Fondszweck besteht das Risiko, dass es zu Fehlinvestitionen kommt und dass es *sicher* zu einer *massiven* Ungleichbehandlung von Unternehmungen kommt. All dies sind Risiken, die man eingehen würde.

Noch eine Überlegung zum Konjunkturprogramm, wenn man es mit solchen Fondsmitteln oder in irgendeiner Form finanzieren möchte. Da stellt sich zuerst einmal die Frage, was ein kantonales Konjunkturprogramm in einem Kleinststaat, der eng verflochten und dessen Wirtschaft in seiner Konjunktur stark international abhängig ist... Wir wissen bestens, dass es eine exportorientierte Wirtschaft ist, die nicht in einer geschlossenen Wirtschaft lebt. Wenn der Kanton Bern – selbst als zweitgrösster Kanton hier eine eigenständige, kantonale Lösung umsetzen möchte, besteht die grosse Gefahr, dass sie gar keine Wirkung hätte.

Zudem weise ich auch noch auf das Stabilisierungs- und Unterstützungsprogramm hin, die wir ja haben und die laufen – nicht nur auf das Härtefallprogramm – und die wir ja auch schon vor Covid kannten und die eingesetzt wurden. Wir haben gerade mit den Beschlüssen des eidgenössischen Parlamentes von gestern, die ich mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen habe, die Sicherheit, dass 10 Mrd. Franken eingesetzt werden. 10 Mrd. Franken für ein Härtefallprogramm. Wir haben bereits grosse Summen in die Wirtschaft fliessen lassen. Darum ist die Regierung überzeugt, dass es kein zusätzliches Instrument braucht, das wir jetzt noch gezielt auf den Kanton Bern ausrichten würden, weil es eben nicht die erhoffte und v. a. nicht die schnelle Wirkung hätte. Es wurde gesagt: Bis der Fonds eingerichtet ist und die Massnahmen greifen, wären wir schon längst in einem konjunkturell komplett anderen Umfeld.

Neben solchen sachlichen Überlegungen und Gründen gibt es auch noch weitere Gründe finanzieller Art. Ich glaube, ich brauche es hier im Saal nicht weiter auszuführen. Wir haben im Kanton Bern nicht die Möglichkeit, solche Einlagen zu machen, v. a. nicht, wenn unsicher ist, ob die Auswirkungen positiv sind. Es gibt auch rechtliche Fragen – ich habe das Thema auch angesprochen – und es gibt politische Fragen – auch diese habe ich angesprochen, und das Parlament machte hier im Saal mehrfach klar, dass es keine Fondslösung will.

Darum kommt die Regierung zum Schluss, diesen Vorstoss abzulehnen. Ich greife jetzt das Bild des Schachspielers auf, der vorausschauend und gewinnen will. Dafür muss er den nächsten *richtigen* Zug machen. Die Regierung befasst sich mit Blick zurück auf das, was im letzten Jahr passiert ist, selbstverständlich auch mit der von Grossrat Wenger angesprochenen Frage, was wir denn für zusätzliche gesetzliche Grundlagen bräuchten, um im Fall einer nächsten Krise bereit zu sein.

Dazu überlegt sich die Regierung, ob es auf kantonaler Stufe ein Krisengesetz braucht. Das könnte der nächste Zug sein, weil wir gerade auch im Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe festgestellt haben – wir haben es hier im Saal zusammen mehrfach, lange und intensiv besprochen –, dass wir keine Rechtsgrundlage haben, um Wirtschaftshilfe zu leisten. Dies mit Ausnahme der Beteiligung an Bundesprogrammen gestützt auf das Wirtschaftsförderungsgesetz. Dies sind die Überlegungen, die sich die Regierung mit Blick auf die nächsten Züge macht. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Präsident. Dann machen auch wir den nächsten Zug, nämlich die Beschlussfassung zu Traktandum 103. Der Vorstoss von Grossrat Urs Graf «Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft». Wir befinden über den Vorstoss in der Form eines Postulats. Wer ihn annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.183; als Postulat)
Vote (2020.RRGR.183 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 59

Nein / Non 89

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie lehnen dieses Postulat ab, mit 89 Nein-zu 59 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.